

## Persönliches aus dem Ortsverein

### Wir ehren

Seit zehn Jahren sind **Guiseppe Agosta, Elisabeth Agosta, Harry Armbruster, Walter Börner, Joachim Erdmann** und **Guido Neudeck** SPD-Mitglieder.

Seit 25 Jahren sind **Stefan Dilger, Andrea Dorn, Ansgar Fehrenbacher** und **Tanja Witkowski** dabei. Solange er noch in Schramberg wohnte, war Stefan Dilger ein sehr aktives und innovatives Mitglied unseres Ortsvereins.

**Andrea Dorn** trat 1994 in den Ortsverein ein und war schon bald stellvertretende Vorsitzende. Im Jahr 2000 übernahm sie den Vorsitz und brachte neue künstlerische Formate ein. Stark engagierte sie sich in die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen.

**Ansgar Fehrenbacher** war und ist ein Kommunalpolitiker von Format mit einer klaren linken Gesinnung und großer Standfestigkeit. „Seine wertvollen Beiträge zu Lauterbacher Kommunalpolitik haben der politischen Kultur in der Schwarzwaldgemeinde gutgetan“, bescheinigt ihm sein lang-

jähriger Wegbegleiter Hans Heckler. **Tanja Witkowski** ist seit 2014 Mitglied der Fraktionsgemeinschaft SPD-Buntspecht. Nach dem Ausscheiden von Hans Jörg Fahrner übernahm sie die Position als Fraktionssprecherin und füllt sie mit großem Engagement und sehr kompetent aus. Die Rektorin der Grundschule Tennenbronn ist auch als geschäftsführende Schulleiterin und als Vorsitzende des Stadtverbands Kultur aktiv

Vor 41 Jahren wurde **Franz Baumann** in den Schramberger SPD-Ortsverein



aufgenommen. Bei der Befragung (das gab's damals wirklich) gab er u.a. an, ihm habe Eplers Motto „Entschei-

den, was wachsen soll“ imponiert. Von 2009 bis 2015 war er Beigeordneter Generalsekretär bei der UNO in New York. Seine letzte Aufgabe war Sonderberater für Friedensmissionen und Umweltfragen Themen, die ihn als Gastprofessor an der New York University und bei zahlreichen Vorträgen nach wie vor umtreiben.

Vor 50 Jahren sind **Werner Klank** und **Manfred Moosmann** in die SPD eingetreten.

2017 wurde **Werner Klank** die Willy-Brandt-Medaille verliehen und das absolut zu Recht. Er war ein Vierteljahrhundert lang Mitglied des Gemeinderates und zehn Jahre Kreisrat. Im Ortsverein übernahm er die unterschiedlichsten Ämter, so war er u.a. mehrere Jahre Vorsitzender. Aktiv war und ist er auch im Kreisvorstand, als Kreisdelegierter und Delegierter bei Landesparteitagen.

**Manfred Moosmann** gründete 1969 zusammen mit 5 Genossen den OV Lauterbach. Er war bis zur Fusion mit dem OV Schramberg stellvertretender Vorsitzender. Das war auch in Lauterbach eine sehr politische Zeit, und für die SPD war Lauterbach zumindest eine Herausforderung.



Das Foto zeigt Mirko Witkowski und v.l. die Geehrten Ansgar Fehrenbacher, Andrea Dorn, Guiseppe Agosta, Harry Armbruster und Werner Klank. (Bild: Tanja Witkowski)

# Unser Blättle

## Torsten Stumpf und Sebastian Holzauer

### Unsere Kandidaten für den Landtag



Wahlplakat von Torsten Stumpf Bild: SPD

### Liebe Genossinnen und Genossen,

das Jahr 2020 ist ein außergewöhnliches Jahr. Hatte es noch ganz normal begonnen, mussten wir uns alle ab März auf zahlreiche Veränderungen und Einschränkungen einstellen. Die Coronapandemie hat unseren Alltag komplett umgekrempelt. Sowohl im Privaten als auch im Beruf hat es Veränderungen gegeben, mit denen wir zuvor nicht gerechnet haben. So schwierig die Situation ist, wir dürfen froh sein, dass in einer solch schwierigen Zeit die SPD im Bund mitregiert.

Unser Land steht besser da als viele andere Länder. Auch wenn viele von uns die Große Koalition nicht wollten und wir in Umfragen für die Leistung unserer Minister nicht belohnt werden, dürfen wir stolz darauf sein, was der sozialdemokratische Teil der Bundesregierung für die Menschen leistet. Es wird alles dafür getan, dass die Menschen ihr Auskommen haben. Das Kurzarbeitergeld wurde erhöht und verlängert, Soloselbstständige und Firmen wurden und werden finanziell unterstützt, um nur wenige Beispiele zu nennen. Wir dürfen zuversichtlich in die Zukunft gehen. Lasst uns weiter Rücksicht auf unsere Mitmenschen nehmen und telefonisch Kontakt zu denen halten, die alleine sind. Ich bin überzeugt: Es kommen auch wieder unbeschwertere Zeiten!

Herzliche Grüße und frohe Weihnachten

Euer Mirko

**Torsten Stumpf** aus Deißlingen ist unser Kandidat für die Landtagswahl am 14. März 2021. Zweitkandidat ist Sebastian Holzauer aus Rottweil. Mirko Witkowski hat mit beiden über ihre Ziele gesprochen.

**Auch wenn Euch die meisten unserer Genossinnen und Genossen kennen, stellt Euch doch bitte kurz vor.**

**Torsten:** Ich bin 1977 in Rottweil geboren, in Deißlingen ging ich zur Grundschule und am Wirtschaftsgymnasium in Rottweil habe ich Abitur gemacht. Seit 2006 bin ich mit Anja verheiratet, wir haben 2 Jungs. Ich bin technischer Vertriebsmanager bei Revox in Villingen, wir stellen Audiokomponenten her. In meiner Freizeit mache ich Musik mit Schlagzeug oder Gitarre, schau gerne Fußball und Eishockey, wenn möglich auch live und kümmere mich um meine Lachs-Zwerg-Hühner.

**Sebastian:** Seit dem Som-

mer bin ich 34 Jahre alt und in Verden (Aller) zur Welt gekommen, dort habe ich meine mittlere Reife am Domgymnasium abgelegt. Mit meiner Frau Nathalie bin ich seit 2013 verheiratet. Ich bin Vermessungstechniker bei der Straßen- und Tiefbaufirma A.M. Müller in Zimmern o.R. und gehe in meiner Freizeit am liebsten in die Natur zum Sport machen und singe im Gospelchor Niedereschach.

**Was waren Eure Beweggründe, in die Politik zu gehen und wie seid Ihr zur SPD gekommen?**

**Torsten:** Mein Vater Hans-Peter ist in meinem Geburtsjahr in die SPD eingetreten, er war jahrelang Gemeinderat, so dass ich früh mit der Kommunalpolitik in Berührung kam. Nach meinem Studium bin ich in die SPD eingetreten und auch relativ schnell Ortsvorsitzender geworden. Als Mitglied einer sozialdemokratischen Fa-

milie gab es für mich keine andere Partei, sie entspricht meinen politischen Ansichten. Als Arbeitnehmer sollte man wissen was die SPD für diese geleistet hat, und auch aktuell, während der Corona Zeit leistet.

**Sebastian:** Im Zuge der Diskussion um die Aufnahme der Flüchtlinge 2015 habe ich mich das erste Mal ernsthaft damit beschäftigt, was der Einzelne in unserem Land positiv bewirken kann. Aus Karlsruhe nach Rottweil umgezogen, habe ich Jugendlichen mit Migrationshintergrund Lernhilfe gegeben. Die Juso Aktion „Tritt ein, Sag nein!“ mit der eine Neuauflage der Großen Koalition verhindert werden sollte, hat mir dann den letzten Schub gegeben und ich bin im Januar 2018 in die SPD eingetreten.

Fortsetzung auf Seite 2

[SPD Wahlprogramm](#)  
Seite 3

Elke Ringl-Klank analysiert das Wahlprogramm in zwei Punkten

[Pflege im Krisenmodus](#)  
Seite 4

Petra Röcker über einen systemrelevanten Beruf

[Privatisierung Fluch oder Segen](#)  
Seite 5  
Guido Neudeck zum Thema Privatisierung

Ihr habt beide schon sehr viel für die SPD geleistet. Gebt Ihr uns einen kurzen Einblick?

**Torsten:** Ich denke die Leistung liegt bei unseren Genossinnen und Genossen, die über Jahrzehnte die SPD unterstützen, in ihr Ehrenämter übernehmen und versuchen für ein besseres Leben zu kämpfen. Das ist eine Leistung. Ein paar Jahre Ortsvereinsvorsitzender, Kreisvorsitzender oder einmal Landtagskandidat zu sein ist für mich selbst noch keine große Leistung für die SPD.

**Sebastian:** Ob ich schon viel geleistet habe, was nicht sonst einfach jemand anders übernommen hätte, mag ich nicht zu sagen. Ich beantworte die Frage mal ein bisschen anders: Bislang hatte ich, wie die meisten Genossen und Genossinnen, verschiedene Funktionen. Dazu gehörten Schatzmeister des OV Rottweil, zweiter Vorsitzender des OV Rottweil, Vorsitzender der Jusos im Kreis Rottweil, Beisitzer im Kreisvorstand der SPD und Delegierter zu verschiedenen Konferenzen.

**Was sind Eure Schwerpunkte im Wahlkampf?**

**Torsten:** Ich habe drei Schwerpunktthemen: Das Erste ist die Digitalisierung, für sie stehen heute alle Kandidaten ein, es fällt jedem auf, dass in Schulen, in Verwaltungen aber auch für unsere Wirtschaft dieses Thema verschlafen wurde. Allerdings kann ich im Gegensatz zu meinen Mit-

bewerbern als IT-Administrator IHK behaupten, nicht nur über die Digitalisierung sprechen zu können, sondern diese auch wirklich umsetzen zu können. Der zweite Schwerpunkt ist die Familie. Sie ist Rückzugsort und das wichtigste Glied unserer Gesellschaft. Es braucht starke Lösungen, denn die Gebühren für die Bildung unserer Kleinsten, der Zukunft des Landes, belasten Famili-



Sebastian Holzhauser mit Frau Nathalie Bild: Privat

en enorm. Außerdem muss mehr Wohnraum gebaut werden, nur so finden Familien in den nächsten Jahren ein Zuhause.

Das dritte Thema ist die sozialverträgliche Transformation unserer Wirtschaft. Wir müssen gemeinsam unser Land dauerhaft positionieren als Musterland für Spitzentechnologie, Wohlstand, gute Arbeit und den ökologisch-sozialen Umbau unserer Industrie. In den nächsten Jahren die Arbeitsplätze der Kolleginnen und Kollegen zu erhalten und zu verteidigen, ist eine große Aufgabe, vor der wir gerade auch hier bei uns im Landkreis Rottweil stehen.

**Sebastian:** Meine Ziele sind eine gute digitale Infrastruktur, umwelt- und menschengerechte Landwirtschaft, Ausbau der Gäubahn sowie Gründung einer Landesbaugesellschaft.

**Welche Themen müssen nach der Landtagswahl als erste angegangen werden?**

**Torsten:** Ganz klar die Digitalisierung in allen Bereichen vorantreiben. Außerdem muss Politik auch Konzepte und Lösungen für den Arbeitsmarkt der Zukunft entwickeln. Gerade ein Land wie Baden-Württemberg mit der Automobilindustrie darf den Wandel des Arbeitsmarktes auf keinen Fall verschlafen.

Weiter muss dafür gesorgt werden, dass endlich die Blockade der Windkraft- und Solaranlagen aufgehört und begonnen wird, die benötigten Anlagen für das Erreichen der Klimaziele zu realisieren. Dies wurde mit unseren lieben Grünen komplett „versemmelt“.

**Sebastian:** Am dringlichsten sind Konzepte für den digitalen Unterricht, sowohl in der Corona Krise, aber auch im Schulalltag muss sich dort fast alles verbessern. Die Kindergartengebühren gehören landesweit abgeschafft und der Ausbau der Wind- und Solarenergie muss vorangetrieben werden.

**Mit welchen Parteien könnt Ihr Euch und warum eine Koalition im Land vorstellen?**

**Torsten:** Wenn, dann am ehesten mit den Grünen. Allerdings sehe ich die Landesgrünen sehr nah an der CDU, auch mit der CDU wäre eine Koalition möglich. Wenn man die Chance hätte mitzuregieren, müsste man diese auf jeden Fall nutzen. Die Grün-Rot-Koa-

litionszeit waren gute Jahre für das Land Baden-Württemberg und das vor allem dank unserer guten Minister.

**Sebastian:** Da bin ich ganz auf Juso Linie: Außer mit der CDU kann man mit allen demokratischen Parteien regieren. **Die Bildungspolitik ist eines der zentralen Themen der SPD. Wie sieht aus Eurer Sicht ein erfolgreiches Schulsystem aus? Was muss dringend verbessert werden**

**Torsten:** Alle müssen die gleichen Chancen haben, egal welcher Herkunft oder aus welchem Elternhaus. Dabei spielt die Gemeinschaftsschule mittlerweile eine sehr große Rolle und muss weiterhin gefördert werden. Wenn wir das dreigliedrige Schulsystem mit GMS, Realschule und Gymnasium inklusive der beruflichen Schulen beibehalten, haben wir ein gutes System. Informatik und Medienkunde müssen intensiviert werden. Dafür bedarf es der neuesten Informationstechnik in den Schulen, um die Schüler\*innen fit für den Arbeitsmarkt der Zukunft zu machen. Und die Kommunikation zwischen Kulturministerium und Schule muss besser werden.

**Sebastian:** Für mich muss ein Schulsystem sich daran messen lassen, ob es jedem Schüler gerecht wird. Die Lehrer und Schüler brauchen gerade für den digitalen Unterricht bessere Werkzeuge, die auch aus dem Kultusministerium kommen müssen, um die Lehrer vor Ort zu entlasten.

Unser Blättle  
Redaktion: Petra Röcker  
V.i.S.d.P. Mirko Witkowski,  
SPD-OV Schramberg  
Oberndorfer Straße 165  
78713 Schramberg

## Vermischtes und Persönliches aus dem Ortsverein

### Schals zeigen Klimaveränderung

Wie werden wir, unsere Kinder und Enkelkinder unter den Folgen des Klimawandels zu leiden haben? Diese Sorge quält uns Drei gewaltig. Wir wollen der drohenden Katastrophe nicht tatenlos entgegensehen, auch wenn unser Beitrag bescheiden ist.

Um den Prozess der Klimaerwärmung für alle verständlich abzubilden, mit vielen Menschen darüber ins Gespräch zu kommen, haben wir gestreifte Schals gestrickt. Mit 15 Farben bildet der Schal die Temperaturveränderung im Zeitraum der Jahre 1880 – 2018 ab (d. h., die jährliche Abweichung von der globalen durchschnittlichen Temperatur). Für jedes Jahr strickten wir vier Reihen; jede Farbe steht für einen Temperatursprung von einem Zehntel Grad. Bis weit in die Mitte des 20. Jhd. verstrickten wir kaltes Blau und Violett; mit zunehmender Wärme folgen Grün- und Gelbtöne. Beim Stricken der Orange-



Rotstreifen für die letzten 20 Jahre brannten uns die Finger....

Brannte nicht anfangs des Jahres der australische Busch, der Wald in Kalifornien? – Beides weit entfernt, genauso wie das schmelzende Eis am Nordpol, die tauenden Dauerfrostböden Sibiriens, die verheerenden Überflutungen in Südostasien oder Mozambique. Der steigende Meeresspiegel bedroht die Halligen in der Nordsee; lokale Sturzregen, Bäche, die binnen Minuten zu Strömen anwachsen und alles mitreißen, was sich ihnen in den Weg stellt – Katastrophen, die auch bei uns immer häufiger vorkommen.

Unser Klimawandelschal ist ein dringender Appell: Fordern wir eine effiziente CO2-reduzierende Politik! Jetzt.

Margret Spannagel

### Mirko Witkowski kandidiert für den Bundestag

Im Herbst 2021 werden die Abgeordneten für den Deutschen Bundestag gewählt. Mirko Witkowski hat sich für die Kandidatur in Bundestagswahlkreis Rottweil/Tuttlingen beworben und dafür die uneingeschränkte Unterstützung der Vorstandsmitglieder des SPD-Ortsvereins Schramberg und des Kreisverbands Rottweil erhalten. Wegen der Corona-Pandemie musste die Nominierungsversammlung auf den 19. Dezember verschoben werden.



Der 52-jährige Redakteur und Mitarbeiter im Wahlkreisbüro von Johannes Fechner MdB gehört seit vielen Jahren zu den engagiertesten Sozialdemokraten in der Region. Ihr kennt ihn als unseren langjährigen Ortsvereinsvorsitzenden und wisst, dass er auch als Vorsitzender des Kreisverbandes sehr aktiv und erfolgreich ist. Aber auch als Vorsitzender des AWO-Kreisverbands Rottweil und des Stadtverbands Soziales Schramberg weiß er genau, wie es Menschen geht, wenn sie dringend einen Pflegeplatz für ein Familienmitglied benötigen oder wenn zur Monatsmitte das Geld knapp wird. Als Abgeordneter will er sich für Familien, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen sowie Handel und Handwerk einsetzen. Wir von Blättle-Team haben Mirko als Menschen mit einem klaren sozialdemokratischen Kompass kennengelernt und sind sicher, dass er das Zeug zu einem guten SPD-Bundestagsabgeordneten hat.

Michael Porzelt

### Wir gratulieren

unserem ältesten Mitglied, Ursula Falkner zum 99. Hans Uhse zum 89. Reinhard Großmann zum 86. Harald Frommer zum 84. Hans Hekler zum 83. Heinz Bauer, Manfred Moosmann zum 81. Ilse Bäumer zum 80.

### zum „runden“ unter 80

zum 75. Elfi Bonert, Joachim Erdmann, zum 70. Elisabeth Agosta, Horst Krause, Harald Müller, Jürgen Rossmannek, Margarete Spannagel zum 65. Astrid Ertel-Günnewig, Ruth Krekow-Zinell, Gabi Marx, zum 55. Susanne Blecher, Arnd Wilms zum 45. Joachim Kneissler, Tanja Witkowski zum 30. Philipp Fehrenbacher

### Wir begrüßen ganz herzlich

Marcel Bäder, Johann Weing, Carolin Graf, Sebastian Haischt und Felicitas Diethelm, die 2020 unserem Ortsverein beigetreten sind.

## Jahresrückblick der Gemeinderatsfraktion

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

das „Corona-Jahr“ 2020 ist bald vorbei und wieder einmal ist es Zeit, zurückzublicken auf das, was die Fraktion



Tanja Witkowski, Bild: Privat

tion im Jahr 2020 bewegt hat. Tatsächlich bestimmte ab März die Pandemie auch unseren Sitzungsablauf und das politische Geschehen in Schramberg maßgeblich. Viele Vorgänge verzögerten sich, weil auch die zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in hohem Maß mit der Umsetzung der sich ständig ändernden Corona-Vorschriften beschäftigt waren.

Dennoch gelang es unserer SPD/Buntspecht Fraktionsgemeinschaft in diesem Jahr mehrfach, deutlich zu machen, für was wir stehen. Nämlich für eine faire, soziale und enkeltaugliche Politik für Schramberg. Erstmals verhinderten wir, dass die Gebühren für die Kindertagesstätten wieder erhöht werden. Unsere Fraktion hat hier in den letzten Jahren schon immer begründet, dass die Kitas Bildungseinrichtungen sind und diese kostenfrei für alle Kinder sein müssen. Nun waren wir

erfolgreich, weil auch die ÖDP und die Aktiven Bürger gegen eine Erhöhung der Kitagebühren waren. Plötzlich hatten wir eine Mehrheit, was uns sehr freute.

Noch weitaus bedeutsamer für Schramberg war im Oktober die Diskussion und Entscheidung über den Verbleib des Sozialamtes bei der Stadt Schramberg. Die Verwaltung brachte den Beschlussvorschlag ein, das Sozialamt an den Landkreis zurückzugeben. Beim Lesen dieses Vorschlags war ich fassungslos. Mein erster Gedanke war: „Das können wir nicht machen, dieses Amt wird von vielen Menschen in Schramberg gebraucht und genutzt. Es ist genau für die Menschen da, die in eine Notlage geraten sind, die Hilfe brauchen und die auf eine vertrauensvolle Bearbeitung in Schramberg angewiesen sind.“

Es sah lange so aus, als ob es für diesen verwaltungseigenen Vorschlag eine Mehrheit im Gemeinderat geben könnte. Schon in der Vergangenheit gab es mehrere Versuche, damals der CDU, das Sozialamt abzugeben. Es blieb also nicht viel Zeit, zu überlegen, wie wir die Rückgabe der Sozialhilfedelegation verhindern konnten. Ich machte mich an die Arbeit und informierte mich intensiv über die Aufgaben und die Strukturen. Es waren einige schlaflose Nächte bis meine Stellungnahme für die Fraktion stand. Glücklicherweise hatte ich von der gesamten Fraktionsgemeinschaft Rückendeckung und erhielt von allen Fraktions-

mitgliedern wertvolle Infos und Impulse. Am Tag der entscheidenden Gemeinderatssitzung stand eine sehr emotionale, mit viel Herzblut verfasste Stellungnahme, die zu einer sehr intensiven und sachlichen Diskussion im Gemeinderat führte.

Dass wir an diesem Tag aufgrund unserer Stellungnahme keinen Beschluss gefasst hatten, war letztlich wohl die Rettung unseres Sozialamtes. In den Tagen nach der Sitzung brach eine Lawine mit Leserbriefen und Anrufen bei der Verwaltung und den anderen Fraktionen in Schramberg los. Ich erhielt viel Zuspruch aus der Bevölkerung für unsere politische Haltung. Es war eindeutig, wofür die SPD/Buntspecht Fraktion steht – als zunächst einzige Fraktion für den Erhalt des Sozialamtes in Schramberg. In der darauffolgenden Sitzung gab Oberbürgermeisterin Eisenlohr bekannt, dass das Thema von der Tagesordnung genommen ist und derzeit auch nicht weiter verfolgt werden soll....

Damit bleibt das Sozialamt erst einmal in Schramberg. Dennoch müssen wir in der Fraktion wachsam bleiben. Wer weiß, ob dieses Thema nicht doch wieder irgendwann aufschlägt.

Noch einen weiteren Erfolg können wir verbuchen – in der Novembersitzung wurde das neu angelegte Sanierungsgebiet „Bühlepark“ (ehemaliges Krankenhausreal und umliegende Wohngebäude) abgegrenzt und die Sanierungsziele festgelegt.

Hier war der Wunsch der CDU, das Gebiet unterhalb von „Gut Berneck“, welches Dr. Steim gehört, von einer möglichen Wohnbebauung auszunehmen. Dies lehnten wir mehrheitlich ab. Wir wollen nicht schon im ersten Schritt mögliche Entwicklungschancen für dieses Gebiet verbauen.

Für das Jahr 2021 sind wir aktuell an der Haushaltsplanung. Durch die vielen coronabedingten Unsicherheiten wird es nicht leicht, einen guten Weg zu finden. Wir machen uns aber stark dafür, dass nicht schwerpunktmäßig an Bildung, bei Familien und notwendiger Infrastruktur für Schramberg gespart wird.

Jetzt aber wünsche ich euch allen erst einmal ein gesundes Weihnachtsfest. Bleibt gesund.

Wir brauchen euch!

Tanja Witkowski

## Das SPD-Wahlprogramm zur Landtagswahl 2021

Das Wahlprogramm mit 38 Seiten liegt vor. Die Genossinnen und Genossen haben sich mit Vorschlägen und Ideen von engagierten Mitgliedern und Bürgern viel Mühe gemacht und ein Programm entwickelt, mit dem in einer möglichen Regierungsbeteiligung 2021 in vielen Bereichen verantwortungsvoll gestaltet und gehandelt werden kann.

Es ist nicht machbar, die einzelnen Bereiche auf dieser Seite zusammenzufassen, deshalb werde ich meinen Blick auf 2 Themen richten, die mir wichtig sind und sie zusammenfassend aufzeigen.

Eingangs im Programm hebt die Landes-SPD fünf wichtige Schwerpunkte hervor:

**Arbeit, Gute Bildung, Gesundheit und Pflege, Wohnen, Klimaschutz ist rot**  
**Ich konzentriere mich auf Bildung und Klimaschutz!**

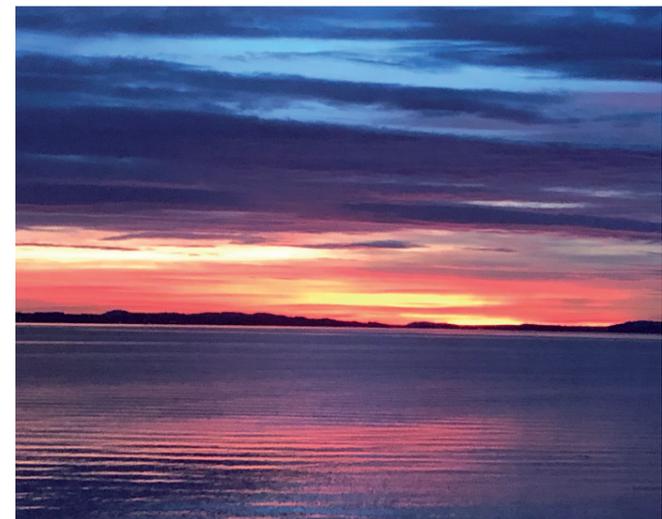
**Bildung:**

„Wir wollen allen Kindern gleiche Bildungschancen bieten. Das ist aktive Zukunftspolitik für unser Land. Die Erkenntnis, auf den Anfang kommt es an, nehmen wir ernst“.... heißt es eingangs in dem Kapitel. Schwerpunkte sind Investitionen in mehr Lehrkräfte, digitale Ausstattung mit E-Books, Lern-Apps, Lernvideos – wichtig für eine Schule der Zukunft und notwendig als Antwort auf die Benachteiligungen in der Coronakrise. Im „Home-schooling 2020“ hatten z.B. diejenigen Schüler Nachteile, die nicht über eine ausreichende digitale Ausstattung verfügten. Ebenso sind

pädagogische Konzepte für digitalen Unterricht und gut ausgebildete Lehrer\*innen wichtig für eine Schule mit Zukunft. Ein weiterer Ausbau der Schulsozialarbeit, sowie eine Weiterentwicklung der Gemeinschafts-

streben und hoffentlich umzusetzen.

Und natürlich: Bildung muss kostenfrei sein – für alle!! Wohin eine profitorientierte Bildung führt, sehen wir in den USA. Chancengleichheit ist dort ein Fremdwort.



schulen und Ganztagesesschulen ist Plan. „Wir streben eine Ganztagesgarantie vom ersten Geburtstag bis zum letzten Schultag an – wer Betreuung ganztägig braucht, soll sie auch bekommen. Bis 2028 sollen 70 % der Grundschulen Ganztageschulen sein.“

Ungleichheit in der Bildung kann und darf nicht sein, deshalb heißt es ...“Mit uns ist Bildung kostenfrei und qualitativ: Von der Kita bis zur Meisterprüfung oder zum Studienabschluss...“

Damit wollen wir die Ungleichheit in der Bildung beseitigen.“  
„Gleiche Bildungschancen“ ..Ich musste in meinen 33 Jahren als Lehrerin feststellen, dass es diese nur bedingt gab. Deshalb stehe ich voll hinter Gemeinschafts- und Ganztagesesschulen um Bildungsgerechtigkeit anzu-

**Klimaschutz ist ROT**

„Wir wollen, dass Baden-Württemberg eine Vorreiterrolle in Sachen Klimaschutz einnimmt und haben dafür eine konkrete Vision.“ Weiter...“Wir wollen eine Gesellschaft, die erneuerbare Energien nutzt und insgesamt ihren Material- und Energieverbrauch senkt. Im Sinne einer Kreislaufwirtschaft müssen wir langlebig konstruieren, wiederverwerten und reparieren, statt wegzurwerfen.“

Schwerpunkte sind: Das Bekenntnis zum 1,5 Grad-Ziel (d.h. im Jahr 2100 darf die Erde max. 1,5° wärmer sein) gemäß dem Paris-Abkommen von 2015,...“wir wollen erreichen, dass sich die Politik in Baden-Württemberg daran orientiert und das vorgegebene CO2-Budget einhält.

Im Programm heißt es

weiter ...“Wir brauchen die Energiewende jetzt. Für eine verlässliche, bezahlbare und nachhaltige Stromversorgung müssen wir auch in Baden-Württemberg Verantwortung übernehmen.“ Der Ausbau erneuerbarer Energien kommt aktuell im Land langsamer voran als im Bund. Ziel ist: „Bis 2030 sollen mindestens 65% des Stroms durch erneuerbare Energiequellen erzeugt werden.“

Energie aus Wind und Sonne bedeutet: Pflicht zum Einbau von Photovoltaikanlagen bei Neubauten und Dachsanierungen, bereitstellen von geeigneten Flächen für große Solaranlagen, Nutzung von Dächern von Privathäusern durch Kooperation von Hausbesitzern und Stadtwerken u.a.m. Der Ausbau von Windkraftanlagen muss konsequent vorangetrieben werden, die 1km-Abstandsregel muss weg. Ebenfalls wichtig ist die Förderung der Energieeffizienz in Gebäuden, der Einsatz recycelter Rohstoffe, sowie Bewahrung von Grünflächen und Naturschutzgebieten, indem 10% der Landesfläche unter Naturschutz gestellt werden sollen. Ich bin froh, dass meine Partei im Kapitel „Klima ist rot“ konkrete und klare Ziele formuliert hat.

Doch wenn ich angesichts der drohenden Klimakatastrophe an „unser aller“ Kinder und Enkel denke, wird mir Angst und bang. Zur Einhaltung des 1,5 Grad Ziels müssen alle politischen, technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden – und das nicht in ferner Zukunft, sondern hier und jetzt.

Elke Ringl-Klank

## Der Pflege gehen die Kräfte aus

Krisenmodus in einem systemrelevanten Beruf

„Ich hab sie gar nicht kommen sehen, plötzlich stand sie da, groß wie ein Riese, sie sagte hallo, guten Tag, mein Name ist Krise...“ so beginnt Max Raabe einen Song.

Konnte man die Krise der Pflege und damit der pflegerischen Versorgung nicht kommen sehen? Nach Pflegekräften, deren Systemrelevanz Corona uns wieder einmal vor Augen führt, wird mittlerweile händeringend gesucht. Ohne zu übertreiben, kann man von einer krisenhaften Personalsituation sprechen. In den vergangenen 3 Jahrzehnten hat der Pflegeberuf an Ansehen und Attraktivität verloren, und das nicht von heute auf morgen. Lange, viel zu lange waren Pflegekräfte die Manövriermasse, wenn es wieder mal um Kosteneinsparungen im Gesundheitswesen ging. Nun ist Pflege selbst ein Patient, krank gespart! In einem Interview der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege, BGW, mit Beschäftigten aus der Pflege, Pflegeaufsicht und Pflegeberatung bewerten alle die Arbeitssituation von Pflegekräften als sehr belastend. Ursachen seien steigende Anforderungen, vermehrte Dokumentationspflicht, zunehmend fordernde Klienten und Angehörige und der Fachkräftemangel. Die Zeit am Pflegeplatz, am Menschen werde zugunsten von Verwaltungsaufgaben weniger. Interessant: von schlechter Bezahlung ist nicht die Rede! Was wird unternommen, um aus dieser Misere herauszukommen? Als Lehrerin für Pflegberufe interes-

siert mich die Positionierung meiner Partei und es freut mich, dass Bewegung in die Thematik gekommen ist. Zum einen gibt es seit 2018, von den Minister\*innen Giffey, Heil und Spahn initiiert, die „Konzertierte Aktion



Graphik: G. Neudeck

Pflege“ mit dem Ziel mehr Menschen für diesen Beruf zu gewinnen. Zum anderen enthält das SPD-Positionspapier „Pflege solidarisch gestalten“ vom September 2019 wichtige Impulse. Drei davon möchte ich aufgreifen und unterstreichen.

1. „... Spekulative Gewinne zu Gunsten anonymer Anleger\*innen oder Investor\*innen lassen sich nicht mit der Würde der Pflege und einem solidarisch finanzierten Versicherungssystem vereinbaren.“ ... Renditen müssen begrenzt werden und Pflege nicht nach marktwirtschaftlichen Gesetzen der Gewinnmaximierung organisiert und verkauft werden. Dies geht schon Jahre lang auf Kosten des Pflegepersonals und logischerweise der Pflegequalität und somit auch auf

Kosten der zu Pflegenden. 2.“... Ein Wiedereinstieg der Länder in die Pflegeheimförderung...“ diese würde dazu beitragen, dass Länder mit entscheiden wo neuen Pflegeheime

entstehen und in welcher Trägerschaft. Momentan entstehen rund um Schramberg neue Pflegeheime. Wo das notwendige Personal, sprich Pflegefachkräfte, herkommen sollen, bleibt spannend. Headhunter, die Pflegekräfte mit einem Dienstwagen und einer Prämie aus den vorhandenen Pflegeeinrichtungen abwerben, sind aktuell unterwegs! Wo bleibt da die Grundidee der solidarischen Daseinsvorsorge?

3.“... Mehr Mitbestimmung und bessere Vertretung der Pflegekräfte...“ Eine Pflegekammer wie es sie mittlerweile in Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und Schleswig-Holstein gibt, ist auch in Baden-Württemberg überfällig. Pflegende können für die Durchsetzung ihrer Ziele nicht tagelang

streiken, sie brauchen eine Lobby die, ähnlich wie die Ärztekammer, politisches Gewicht hat und gehört wird!

Pflege ist nahe Begegnung mit allen Facetten des Lebens. Nicht jeder kann sich darauf einlassen, wer dies will und kann, für den ist es ein Traumberuf – theoretisch! Aber wer sucht sich einen Beruf aus, der selbst von den Angehörigen desselben als Notstandsgebiet ausgerufen ist? Wenn nun die Fachkraftquote gesenkt werden würde, wäre dies ein weiterer Schlag für die verbliebenen Fachkräfte, die für Fehler nicht ausgebildeter Kräfte letztlich einstehen müssen. Dies würde vermutlich zu noch mehr Abwanderung aus dem Beruf führen. Eine Möglichkeit, den akuten Personalmangel abzufedern, wäre meines Erachtens die Etablierung einer 2-jährigen Pflegeassistenten Ausbildung mit dem Zugang für Hauptschulabsolventen\*innen. Außerdem wichtig, die Anrechenbarkeit der Pflegeassistent\*innen auf die Fachkraftquote, damit die „Helferstellen“ auch mit den Pflegeassistenten besetzt werden. Weniger komplexe Tätigkeiten könnten dann guten Gewissens an solide ausgebildete Assistenten delegiert werden und so die Pflegefachkräfte entlasten. Dies ist Ländersache und muss schnell angegangen werden!

Petra Röcker

## Ist Privatisierung immer schlecht?

Der Glaube daran, dass die Privatisierung vieler staatlicher Einrichtungen ein Fehler war, und dass mehr Staat zu mehr Gerechtigkeit und Gemeinwohl führt, ist weit verbreitet. Doch hält dieses Bauchgefühl einer rationalen Überprüfung stand? Es folgt der Versuch zentrale Problemfelder zu entfalten und für zukünftige Diskussionen zu öffnen.

### Arbeiten private Unternehmen effizienter?

Das muss nicht unbedingt so sein. 1994 wurde in Großbritannien die Eisenbahn privatisiert. Seither mussten die Fahrgäste insgesamt 11000 Jahre Verspätung erdulden. Es entstanden mehr als 2000 Subunternehmen. Experten sehen in dieser Fragmentierung eine Ursache für mehrere schwere Eisenbahnunglücke in den späten Neunzigerjahren. Selbst konservative Briten befürworten inzwischen eine Wiederverstaatlichung des Bahnwesens.

Aber auch der Staat hat nicht immer ein gutes Händchen, was die effiziente Leitung von Großprojekten angeht. Man denke nur an den Nürnbergring, Stuttgart 21, oder den Flughafen BER.

### Findet durch Privatisierung eine finanzielle Entlastung statt?

Mit der Privatisierung staatlicher Unternehmen ist oft die Hoffnung verbunden, diese finanziell zu sanieren und den Staatshaushalt zu entlasten. Das wird aber nicht immer erfüllt: Zehn Jahre nach der Privatisierung hatte die

Bahn AG mehr Schulden als Bundes- und Reichsbahn zuvor zusammen hatten. Trotz der größeren Flexibilität im Personal-, Angebots-, und Vermarktungsbereich, die ein privates Unternehmen gegenüber der staatlichen Hand genießt! Dagegen verbuchen die Schweizerischen Bundesbahnen hohe Millionenbeträge als Überschuss.



Graphik: G. Neudeck

Obwohl massiv in die Schieneninfrastruktur investiert wurde.

Hierbei muss aber beachtet werden, dass uns der Blick auf die tatsächliche Wettbewerbsfähigkeit staatlicher Unternehmen verbaut sein kann. Das kann man am Beispiel Quersubventionen sehen. Bieten öffentliche Unternehmen Produkte in unterschiedlichen Wirtschaftsbereichen an, können Renditen in einem Bereich dazu genutzt werden, Preise in anderen Bereichen zu senken. Die Bürger werden in Unwissenheit über die tatsächliche Wettbewerbsfähigkeit öffentlicher Unternehmen gehalten, da die Verschiebungen von Gewinnen und Verlusten nicht transparent, mögliche Nachteile staatlicher Leistungserstellung also

verdeckt sind.

### Mehr Gemeinwohl durch Privatisierung?

Private Unternehmen müssen profitabel wirtschaften. Dabei müssen oft Ziele verfolgt werden, die einer am Gemeinwohl orientierten Politik diametral entgegenstehen. Die Bahn kehrt dem Fahrgastgeschäft, das gleichsweise wenig Profit abwirft, zuzunehmen den Rücken. Zwei Drittel des Konzerngewinns werden inzwischen mit bahnfremden Mitteln erwirtschaftet. Aus unternehmerischer Sicht ist das nachvollziehbar. Der einfache Fahrgast hat davon aber nichts.

Doch verfolgen Politikerinnen und Politiker immer am Gemeinwohl orientierte Ziele? Keinesfalls automatisch! Auch sie können ganz persönliche Machtinteressen haben. Um wiedergewählt zu werden, müssen die Interessen von Einzelgruppen befriedigt werden. Dazu kommt die stete Versuchung, die Rechnung von Entscheidungen und Projekten in die Zukunft zu verschieben. Dies ist in der Politik noch stärker ausgeprägt als in manchen privaten Unternehmen. Das Streben nach langfristiger Wohlfahrtsmaximierung kann dabei leicht in den Hintergrund rücken.

**Verantwortung der Entscheidungsträger**  
Mit jeder Privatisierung werden Einflussmöglichkeiten von demokratisch legitimierten Akteuren zu privaten verschoben. Viele Entscheidungen werden von Gremien

getroffen, die sich öffentlich nicht rechtfertigen müssen. Während aber Unternehmenseigentümerinnen und Unternehmenseigentümer in Familienunternehmen mit ihrem Privatvermögen haften, tun die Verantwortlichen in öffentlichen Unternehmen das nicht. Stattdessen müssen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler für Misswirtschaft aufkommen – und dies auf eine für die einzelne Bürgerin und den einzelnen Bürger kaum erkennbare Weise. Dabei gilt: Wenn die Verantwortlichen nicht für Ihre Entscheidungen haften, werden oftmals hohe Risiken eingegangen und dem Missmanagement Tür und Tor geöffnet.

### Schadet Verstaatlichung dem Wettbewerb in der freien Marktwirtschaft?

Die Sachlage ist hier recht eindeutig. Öffentliche Unternehmen haben teilweise Privilegien, die Privatunternehmern und auch der Bevölkerung letztlich schaden. Der Staat ist mehrfach im Vorteil. Er bekommt günstigere Kredite, er ist Mitspieler und Schiedsrichter zugleich und ist von der Kartellaufsicht ausgenommen.

Dieser Argumentation folgend, sollte der Staat sich eigentlich gar nicht unternehmerisch betätigen. Es sei denn, es besteht ein starkes öffentliches Interesse. Das wäre im Bereich der kritischen Infrastruktur der Fall. Doch wo fängt diese an und wo hört sie auf? Gehört das Bier aus der Staatlichen Rothausbrauerei wirklich noch dazu?

Guido Neudeck